Südschleswigscher Wählerverband



Presseinformation

Kiel, den 27.04.2018

Es gilt das gesprochene Wort

Jette Waldinger-Thiering

TOP 17 Alle Wege zum Abitur offenhalten

Drs. 19/672

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80 Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74 24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300 Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

"Alle müssen den für sie bestmöglichen Abschluss erreichen können"

Vermutlich ist niemandem die große Unruhe entgangen, die mit der Entscheidung zur Wiedereinführung von G9 einhergeht. Statt bestehende Strukturen zu erhalten und innerhalb dieser an der Qualität zu arbeiten, sind wir damit wieder weiter von einem Schulfrieden entfernt. Noch dazu ist es sehr schade, dass die Betroffenen bei dieser Grundsatzentscheidung weder gefragt noch beteiligt wurden. Damit entsteht bei vielen der Eindruck, dass eine demokratische Entscheidung und eine echte Wahlfreiheit gar nicht gewollt sind. Das ist und bleibt für mich Bildungspolitik mit der Brechstange.

Doch unabhängig von der Frage der Beteiligung, ist die Befürchtung berechtigt, dass ein flächendeckendes Abitur nach 9 Jahren zu finanziellen Engpässen in anderen Bereichen führt. Wir wissen, dass gerade einmal 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler aufs Gymnasium gehen. Mit der Zwangsumwandlung zu G9 werden hier aber in bedeutendem Maße Ressourcen gebunden. Diese Ressourcen werden an anderen Schulen und für andere Aufgaben

fehlen. Aus Sicht des SSW müssen aber alle Schularten und damit alle Kinder gute
Rahmenbedingungen bekommen. Alle müssen den für sie bestmöglichen Abschluss erreichen
können. Und deshalb sind wir auch an der Seite der antragstellenden SPD, wenn es darum
geht, alle bestehenden Bildungswege zu erhalten und zu fördern.

Wir können uns gemeinsam darüber freuen, dass unser Land bei der Abiturquote aufgeholt hat. Denn wir brauchen dringend mehr junge Menschen mit höherwertigen Abschlüssen. Aber eins sollten wir dabei nicht vergessen: Diese erfolgreiche Entwicklung haben wir nicht zuletzt den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Schulen zu verdanken. Auch diese Wege zum Abitur sind wichtig und müssen selbstverständlich auch in Zukunft gefördert werden. Wir wollen diese Vielfalt im Bildungswesen unbedingt erhalten. Und aus diesem Grund halten wir die Forderung der SPD auch für sinnvoll, geeignete Maßnahmen zur Förderung dieser Bildungswege zu entwickeln.

Mir ist klar, dass diese Tatsache längst nicht allen in den Kram passt. Aber viele Eltern und Kinder entscheiden sich ganz bewusst gegen das Gymnasium. Fast jedes zweite Abitur wird heute außerhalb dieser Schulform abgelegt. Viele wählen völlig freiwillig das Modell des längeren gemeinsamen Lernens. Das ist keine Entscheidung aus der Not, sondern Beleg für den verbreiteten Wunsch nach einem qualitativ gleichwertigen Weg zur Hochschulreife abseits der Gymnasien. Denn dort versteht man sich oftmals als Vorbereitung für eine akademische Karriere. Viele Abiturienten wollen aber gar nicht an die Hochschule. Und doch brauchen sie für viele Ausbildungen das Abitur.

Neben der Frage nach einer gerechten Ressourcenverteilung lassen auch die aktuellen Anmeldezahlen und die Abweisungsquote nicht nur Gutes erahnen. Zumindest für die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe sieht die Entwicklung recht negativ aus. Insofern halte

3

SW IM LANDTAG 🤝

ich die Sorge, dass diese Schulform zur "Resteschule" zurückentwickelt werden soll, für nicht ganz unberechtigt. Davor kann ich nur ausdrücklich warnen. Wer gleiche Bildungschancen für alle Kinder sicherstellen will, braucht wohnortnahe Angebote von guter Qualität. Zwar ist das Netz der Gemeinschaftsschulen mit eigener Oberstufe seit 2013 dichter geworden. Aber bei der Verteilung der Oberstufengibt es nach wie vor ein regionales Ungleichgewicht. Wenn es also um echte Wahlfreiheit und Chancengleichheit beim Zugang zu weiterführender Bildung geht, gibt es durchaus noch weiße Flecken. Für den SSW ist deshalb klar, dass die Stärkung der Gemeinschaftsschulen die richtige Antwort ist.

Natürlich ist es unser Ziel, die Abiturquote zu erhöhen. Dafür braucht es vielfältige Angebote und auch Kooperationsmöglichkeiten. Am Ende muss natürlich längst nicht für alle und jeden ein Abitur stehen. Aber jedes Kind muss den individuell besten Abschluss machen können. Und zwar unabhängig vom finanziellen und sozialen Status der Eltern. Und unabhängig von anderen Faktoren, wie etwa der Frage, ob es auf dem Land oder in der Stadt zuhause ist.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html